

Bezugpreis: Vierteljahr 1.20, 3 Monate 1.80, 6 Monate 2.40, 1 Jahr 3.60...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die Anzeigenpreise sind nach dem Platz...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonnabend, den 14. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Zusammenkunft Lloyd George - Poincaré.

Es ist vielleicht kein Zufall, daß ein englisches Blatt gerade jetzt daran erinnert, daß Poincaré seinerzeit auf Wunsch Lloyd Georges...

Lloyd George betont noch einmal die Linie, die er für die nächste Zukunft zu verfolgen gedenkt: Revision des Reparationsproblems...

Demgegenüber möchte Poincaré den Obersten Rat als entscheidende Instanz möglichst ausschalten. Er hat seine Bedenken gegen die europäische Konferenz...

Die Richtung Lloyd George und die Richtung Poincaré stehen sich also vorläufig in mehr als einer Hinsicht diametral gegenüber...

Poincarés politisches Programm.

Paris, 14. Januar. (WZB.) Poincaré hat im Laufe des gestrigen Tages viele Parlamentsdelegationen empfangen...

Ich habe nicht die Absicht, ein politisches Ministerium zu bilden. Allen Parlamentsmitgliedern, die zu mir kommen, sage ich...

Zu Angehörigen der linksstehenden Parteien habe Poincaré erklärt, er habe gegen niemand Verpflichtungen übernommen...

Was die auswärtige Politik anlangt, so habe er erklärt: Die Ereignisse drängen. Ich werde eine Unterredung mit Lloyd George haben...

knüpfen. Alle diese Gefühle dürfen jedoch nicht dazu führen, daß wieder die Methoden in Anwendung gebracht werden...

Erklärungen Lloyd Georges.

London, 14. Januar. (WZB.) In einer Unterredung mit Vertretern der englischen Presse in Cannes erklärte Lloyd George vor seiner Abreise...

Lloyd George erklärte weiter, er sehe die Konferenz von Genua als eine der wichtigsten Zusammenkünfte an...

ein umfassender Pakt der Nationen als der Völkerbund geschaffen werde. Er wolle damit sagen, daß der noch nicht geborene Völkerbund...

Der italienische Ministerpräsident sei bereits von Briand er sucht worden, Einladungen an die europäischen Nationen und Amerika ergeben zu lassen...

Lloyd George sagte weiter: Die Welt würde durch die Schaffung eines Bundes von europäischen Nationen ausleben...

Übereinkommens wegen der U-Boot-Rüstungen

hervor und sagte, in keiner Hinsicht werde der geplante englisch-französische Pakt als Aufhebung oder Änderung des Versailles-Friedensvertrages angesehen werden können...

Briands Meisterstück.

Von J. Steiner-Jullien.

Briand ist durch eine Palastrevolution gezwungen worden, die lange und mühselig vorbereiteten Verhandlungen von Cannes und mit ihnen alle Konzessionen...

Briand hatte eine äußerst schwierige und in vieler Beziehung gefährliche Situation vorgefunden, als er die Regierung übernahm...

Zunächst ist zu bemerken, daß die wirtschaftliche Situation Frankreichs, wie Lloyd George in seinem Memorandum sehr richtig bemerkt hat...

Freilich macht sich auch in Frankreich ein Umschwung geltend, denn ganz verkehrt ist Frankreich von der Krise nicht geblieben. Wenn z. B. Briand — zweifellos mit Zustimmung seiner Sachverständigen...

Aber die Kammer, die am 16. November 1919 mit dem Schlagwort gewählt wurde: „Gegen die Bolschewisten und gegen die Boches“...

Der Grund ist einfach folgender: Briand macht keine grundsätzliche, sondern immer die mögliche Politik. Die Lardieu, Barthou, Poincaré usw. aber machen eine bewußt deutscheindliche Politik...

Briand hat mit der ihm eigenen außerordentlichen Geschmeidigkeit und seinem einzigartigen politischen Spürsinn diese Gefahr begriffen...

Mit derselben ungeheuerlichen Verbährtheit, mit der unsere Nationalisten Rathenau in den Rücken fielen, verfahren ihre französischen Bekannungsgeossen...

Poincaré gegen den englischen Vertragsentwurf.

Paris, 14. Januar. (GE.) Der Chefredakteur des „Matin“, Stephan Bauzann, stellt das Regierungsprogramm Poincarés wie folgt dar: Poincaré hat für das englische Volk nur Gefühle tiefster Zuneigung...

Wie gesagt, Briand hätte den starken Mann spielen können. Aber Briand ist keine Kampfnatur. Er zog es vor, seine „Kollegen“ sitzen zu lassen. Daß England und Italien kaum geneigt sein werden, nach diesem Affront ihre Konzessionen aufrechtzuerhalten, ist wahrscheinlich. Wer aber auch der Nachfolger Briands sein mag, er wird Briands Politik machen müssen oder von den Ereignissen zerbrochen werden.

Reichsregierung und Moratorium.

Wie die B.P.N. hören, ist die Reichsregierung heute in eine Chefbesprechung über die Fragen des Moratoriums eingetreten. Eine Stellungnahme der Reichsregierung wird jedoch erst nach der Rückkehr Rathenaus und der deutschen Delegation aus Cannes erfolgen. Die Ankunft der deutschen Delegation wird für Sonntagabend erwartet. Vermutlich wird dann am Montagmittag eine Kabinettsitzung stattfinden, in der die außenpolitischen Fragen besprochen werden.

Ludendorff wird beweisen!

Herr Ludendorff steht im „Mittlerwochenblatt“ seine Polemik gegen den toten Bethmann Hollweg fort. Gegen einen Toten zu polemisieren ist ja auch bedeutend angenehmer und leichter als gegen Lebende, die mitunter die unangenehme Eigenschaft haben, zu antworten. Es ist beinahe so schön, als vor Rekruten eine Ansprache zu halten, denen man „Stillschanden“ kommandiert hat. Man redet ganz allein und braucht keinen Widerspruch zu fürchten. Einige Sätze Ludendorffs aber seien doch zitiert, die für den Geisteszustand des „Nationalheros“ bezeichnend sind:

Auch heute ist mein Material lückenhaft. Würde ich über die Archive verfügen, so herrschte über die Fragen der Schuld am Kriege, der Friedensmöglichkeiten während des Krieges und der Ursachen des Zusammenbruchs vollständige altemwähige Klarheit. Es wäre erwiesen, daß wir keine Schuld am Ausbruch des Krieges haben, es sei denn, daß sie in unserem Vorkriegsstand zu suchen ist, daß eine Friedensmöglichkeit während des Krieges nicht bestand, es sei denn, daß sie durch unsere innere Politik, namentlich durch die Friedensresolution vom 19. Juli 1917, zerschlagen wurde und daß die Ursache des Zusammenbruchs nach ungeheuren Leistungen, sehr wesentlich in ihr liegt.

Herr Ludendorff kennt die Archive nicht, aber er weiß Golt sei Dank bereits, was er daraus beweisen würde: Die Pazifisten haben zum Krieg geheißen, die Pazifisten sind daran schuld, daß nicht rechtzeitig Frieden geschlossen wurde, aber die Kriegshörer und Anexionisten sind immer für den Frieden eingetreten! — Ist das gleich Wahnsinn, hat es doch Methode. Es ist wirklich rührend, wenn Ludendorff nach solchen Sätzen beteuert: sobald erst das ganze Volk daran glaube, so könnte es „in sich geeint zum Wiederaufbau schreiben, statt im Unklaren über seine Vergangenheit sich zu zerfleischen“.

Wir sind schon lange überzeugt, daß der ganze Richtungsstreit in der Materie sowie der Streit über die Fortdauer der Reichsflagge aufhören würde, wenn das ganze deutsche Volk sich endlich entschließen würde — farbenblind zu werden.

Schmukiane.

Zur Einführung der neuen Handelsflagge drückt die „Kreuzzeitung“ den „Hamburger Nachrichten“ einen Artikel nach, aus dem wir nur folgenden Satz zitieren wollen (der übrige Inhalt steht auf dem gleichen Niveau):

Vor dem Kriege standen die Deutschen mit an der Spitze der Völker, die am meisten Seife verbrauchten; dieser Reinlichkeitsdrang wird sich bald wieder einstellen und damit auch das Bedürfnis, unsere Flagge von Flecken und Schmutz zu befreien.

So schreiben die Herrschaften, die sich dann tobend entrüstet, wenn die Reichsregierung Vorschriften zum Schutz der Flagge gegen Beschimpfungen für notwendig hält.

„Die Zauberflöte“ in der Staatsoper.

Die gefrige Neuestudierung des Mozartschen Meisterwerks ließ bei allen erfolgreichen Anstrengungen der Intendanten und Regie dennoch die zahllosen, schier unüberwindlichen Schwierigkeiten des Werkes und seiner Darstellung erkennen. Es scheint, als gelang hier wie anderorts das raffiniert ausgeklügelte, komplizierte besser als der für Mozarts Märchenoper entchiedene Ton der weichen, einfachen, der hemmungslosen Heiterkeit, des ernstlichen, aber nicht salbungsvollen Pathos. Der Wille, aus einer Märchenzählung das große menschliche Erlebnis, das außerpersonliche Schicksal zum Ausdruck zu bringen, wurde an Einzelheiten fühlbar, durchzog aber nicht einheitlich die ganze Aufführung, die durch viele Pausen in ihrem Flug gehemmt schien. Die Dekorationen stammten unverkennbar von Ludwig Reiner. So gut es ist, daß die archaische Landschaft fällt und einer unbefindlichen Weltgegend Platz macht, so bedenklich ist die Spezialisierung auf einen modernen Stil. Ohne Frage war die Buntheit und die Unruhe der Prospektive originell. Am überzeugendsten und wirkungsvollsten aber blieb nach den Prüfungsproben das Schlussbild, das in der Aufmachung der alten Oper wundervoll gekleidete Menschen in einer architektonisch gut gebauten, aufführenden Figur zeigte. Bloch leitete das Werk mit einer heiligen Liebe zur Sache, die auch das Orchester anfeuernd und zart abschottend überstrahlte. In diesem Teil kann die Aufführung kaum schöner gedacht werden. Auf dieser Höhe Mozartscher Begabung stand auch denn die Ponina der Elisabeth Reithberg, die endlich einmal wieder zeigte, wie Ariens gleichzeitig anmutig, mit voller Stimme und ganz beliebt gesungen werden können. Ganz fehlt am Ort war Ethel Hansa als „Königin der Nacht“. Keine Größe, keine Leidenschaft. Der Pamino Huttis war durch Krankheit an jeder spielerischen und gefanglichen Entfaltung gehindert. Papagena (Riegler) sang und sprang lustig, quirlig, etwas stark bemüht. Der Sarastro von Otto Holzgers blieb in allen sonoren Sängen allzu bürgerlich. Krüger führte seine Sprecherrolle mit Würde und höchst edel durch; Elise Koepel war nur eine durchschnittlich Papagena, aber ein tüchtiger Knabenführer. Auch Thea Bieber, Margarete Jäger sowie die drei Damen der Königin (Widernagel, Kova, Wendi-Ober) müssen mit Lob genannt werden. K. S.

Neues Volkstheater. Das Publikum soll unterhalten werden. Man wählte Bernard Shaw und spielte sein erstes Stück: „Die Heuchler“. Ein reifer Mann schrieb es, der sich spött zum Theater wandte, nachdem er schon in sehr lustigen und sehr weltweisen Romanen die politische Borniertheit der bürgerlichen Robotoren angegriffen und gezeigt hatte, daß der englische Beeriff vom „gentleman“ eine Verfeinerung von philiströsen Bornurteilen gewesen ist. Und er schrieb das Lustspiel auch, nachdem er schon seine theatralischen Zeitgenossen lächlig geäußert, für Richard Wagner ge-

Ein Hochverratsverfahren.

Aus München meldet die Ill.: Wegen den Führer der bayerischen Königsparade, Mayer-Coy, ist ein Ermittlungsverfahren wegen Aufforderung zum Hochverrat eingeleitet, weil er eine Entschlüsselung der Landesvorstandschaft der Partei veröffentlichte, die sich für die gewaltsame Abkehr von der Weimarer Verfassung aussprach.

Die Meldung, daß ausgerechnet in Bayern ein Hochverratsverfahren gegen einen rechtsmonarchistischen Führer eingeleitet wird, würde Wunder nehmen, wenn nicht die Meldung der Ill. in dieser Form zweifellos unrichtig wäre. Mayer-Coy ist nämlich gar nicht mehr Führer der bayerischen Königsparade, sondern schon vor längerer Zeit zum Rücktritt gezwungen und ausgeschlossen worden. Er hat sich danach den bayerischen Monarchisten sehr unangenehm gemacht, indem er die Aufforderungen des Obergeneralmajors, des Gründers der „Orla“, an die Öffentlichkeit gebracht hat, mißliebige Personen mit Gewalt beiseite zu schaffen. Diese Behauptungen sind seinerzeit vor Gericht durch eidliche Zeugnisaussagen bewiesen, gleichwohl von diesem und der seitdem Begründung nicht für festgestellt erachtet worden, daß sie „schwerhaft“ gemeint gewesen seien! Nunmehr — nach seiner Reklamation — wird Mayer-Coy des Hochverrats angeklagt. Der Zusammenhang ist wohl durchsichtig.

Der versenkte Miesbacher.

München, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der von der bürgerlichen Presse zur Genüge ausgeschlachtete Ueberfall auf das Auto des „Miesbacher Anzeiger“ in der Nacht, in welcher der Landtag über den Rücktritt Kahrs Beschluß gefaßt hatte, kam gestern vor dem Schöffengericht München zur Verhandlung. Das Auto, das mehrere tausend Exemplare des „Miesbacher Anzeiger“ enthielt, war von Mitgliedern der Münchener Sozialdemokratischen Partei angehalten und der Inhalt in einen Kanal geworfen worden. Die Angeklagten wiesen darauf hin, daß sie hierzu von dem Genossen Auer beauftragt worden waren, ferner, daß ihnen bekannt gewesen sei, daß über die Sache auch mit Parlamentariern anderer Parteien gesprochen und deren Einverständnis eingeholt worden war. Der als Zeuge vernommene Genosse Auer gab ein Bild der damals politisch erregten Zeit und der Umstände, die nach seiner Meinung die Vermutung nahelegten, daß ein Rechtsputsch in Vorbereitung sei. Er teilte ein Telegramm mit, das der bayerische Landtagspräsident an den Reichspräsidenten nach Beschlaggebungen gerichtet hatte, das folgenden Wortlaut hatte:

„Ich habe amtliche Mitteilung, daß morgen oder in den nächsten Tagen ein Rechtsputsch gegen den Landtag beabsichtigt ist. Ich ersuche sofort, diesen Bestrebungen öffentlich entgegenzutreten und unverzüglich als verantwortlicher Minister des Innern nach München zu kommen.“

Bekanntlich hat hierauf Ministerpräsident von Kahr eine Erklärung an die Öffentlichkeit gegeben, ohne sich jedoch weiter über die ihm zugegangene Mitteilung zu äußern. Genosse Auer übernahm vor Gericht die volle Verantwortung für den vorgenannten Schritt, der in der damaligen Situation geradezu seine Pflicht gewesen sei. Das Gericht konnte sich der Beweislast dieser Argumente nicht erheben und verurteilte die Angeklagten, die mit aller Häßlichkeit und Entschiedenheit ihren Auftrag ausgeführt hatten, zu geringfügigen Geldstrafen von 50 bis 400 M.

Bei Geldstrafen an politische Gefangene sollte man beachten, daß Geldstrafen, die den Gefangenen direkt zugehen, gewöhnlich von den Strafverwaltungen auf Gerichts- oder Verpflegungskosten beschlagnahmt werden, womit die Pflicht des Gebers meistens nicht erfüllt wird. Es empfiehlt sich daher, Geldstrafen an die Angehörigen des Betreffenden zu adressieren. Verschiedene Vorkommnisse aus jüngerer Zeit geben Veranlassung, hierauf hinzuweisen.

stritten und einen der gemeingefährlichsten Kulturschwächer unserer Zeit, den bereiten, aber beschränkten Max Norden, den Widersacher aller vorerwähnten Literatur, demoliert hatte.

Die Technik, die er zunächst für die Bühne mitbrachte, war noch recht schwerfällig. Die Wichtigkeit bleibt noch im Familienschwanz. Die Kühnheit verrät sich nur hier und da. Über die Mittelschichtigkeit des Gedankens geht schon recht kräftig ins Zeug. So wird das dumme Wünschen aus dem Haus des Wohlhabenden entlarvt. Der Gentleman entpuppt sich als Ausläufer des Volkes. Der Ausgelagerte, der einen Augenblick erbarmungswürdig erscheint, entwickelt sich zum Schmutz und Bruder des reichen Mannes, sobald er selbst einen heißen Rock tragen darf. Und es wird das Wünschen von einem Jüngling geheiratet, der bei aller Moralromanterei doch ein Dummkopf bleibt. Schließlich tun sich die Proleten des Herzens und der Kasse zusammen, um den kleinen Mann und dazu noch die Obrigkeit übers Ohr zu hauen. Schieber! Heuchler! Die Royal ist faulbid.

Woraus am Neuen Volkstheater geschloffen wurde, daß man dieses mit Monologen und manchen Epi-logen ausgestattete Stück grob und beinahe gemächlich spielen dürfe. Das ist aber keineswegs erlaubt. Der Regisseur, der das Wort führte, Herr Bohé, irrte da als Führer und als Schauspieler, und er trübte alle seine Künstler in die Irre. Sie legten alles aufs Bausteine an, Fräulein Konfchewska, Herr Schweizer, Herr Herm. Es war kein glücklicher Abend.

Mühsames Ehe. Der große Kenner und Schilderer der menschlichen Schwächen und Vöcherlichkeiten, dessen dreihundertster Geburtstag in diesen Tagen gefeiert wird, der als Dichter und Schauspieler über die eiferfüchtigen und betrogenen Ehemänner lachen mochte, schuf seine wackeren „cocus“ (Hahnrei) weniger als bedachtender Weltweiser, denn als vielgeprüfter Liebhaber und Ehemann. Die junge tote Armande Bejart, die der vierzigjährige, immer hänselnde, von tausend Blicken überlastete Künstler heiratete, machte ihm vielen häuslichen Kummer und nahm keinen Anstand, ihn durch ihre offen zur Schau getragenen Abenteuer vor der Welt lächerlich zu machen. Wie jählich der Dichter dennoch an ihr hing, zeigt ein Gespräch mit seinem Freunde Chapelle, das die Moliere-Biographen nach einer zeitgenössischen Chronik überliefern.

Chapelle redet den Freund, daß er in eine Schwäche verfallen, die er selbst so oft verpackt habe. „Ich sehe“, erwiderte Moliere, „daß du nie geliebt und die Erscheinungsform der Liebe für die Liebe selbst genommen hast. Ueberzeuge dich, daß nur wenig Frauen eine aufrichtige Zuneigung verdienen, daß Eignung, Charakter und Eitelkeit hinter den Intrigen der meisten stehen, wählte ich für mein Stück die Unschuld. Ich habe meine Frau sozusagen schon in der Wiege genommen, habe sie mit aller Sorgfalt erzogen, ich bildete mir ein, ihr durch Gewohnheit Gefühle einflößen zu können, die die Zeit nicht würde zerstören können. ... Da sie noch sehr jung war, als ich sie heiratete, nahm ich ihre schämmen Reigungen nicht wahr. Die Ehe schwächte meine Bemühungen nicht ab, aber ich entdeckte mit der Zeit kostbar Gleichgültigkeit bei meiner Frau, daß ich allgemach die Aufmerksamkeit meiner Behutsamkeiten einsah. Ich machte mir selbst Vorwürfe über mein mir selbst lächerlich

Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

Von einem deutschen Genossen in der Schweiz wird der Magdeburger „Volkstimme“ geschrieben:

Wer heute den Kurzzeit studiert und feststellt, daß man für 100 Schweizer Franc, für die man früher 80 Mark bekam, jetzt 3500 Mark erhält, läßt seine im Mangel traumatisch gewordene Phantasie in jenes Paradies schweifen, aus dem schon vor dem Kriege die gute Schokolade und der gute Käse kamen und in dem schon vor dem Kriege politische Verhältnisse selbstverständlich waren, an die wir Sozialdemokraten im wilhelminischen Preußen nur als Ziel ferner Sehnsucht dachten. Wie schön muß es erst jetzt in diesem Lande sein; denn sind wir auch politisch jenem „Paradiese“ nahegekommen, so ist dafür das ökonomische Verhältnis 80:3500 gemordet.

Schon wir die Dinge aber genauer an, so wird der Unterschied um verschiedenes kleiner, und betrachten wir alles genau, dann dürfte es dem Arbeiter schwer sein, sich zu entscheiden, ob er lieber in der Schweiz oder in Deutschland Arbeiter sein möchte. Der Verdienst eines vollbeschäftigten gelernten Arbeiters in der Schweiz ist zwar, an der Kaufkraft des Geldes gemessen, etwas höher als hier in Deutschland. Aber kaum die Hälfte der Schweizerischen Arbeiter ist heute vollbeschäftigt. Ein großer Teil ist gänzlich arbeitslos, ein noch größerer Teil arbeitet in der Woche kaum drei Tage! Die Zahl der Ganz- oder Teil-arbeitslosen ist schon bis auf 137 500 gestiegen — das ist bei 3 1/2 Millionen Einwohnern der 25. Teil aller Menschen, auf die gewerblichen Arbeiter bezogen, ist jeder zweite bis dritte Arbeiter ein Arbeitsloser. Und diese Zahlen steigen noch immer. Bedenkt man, daß nur ein kleiner Teil bei Notstandsarbeiten beschäftigt wird und daß die staatliche Arbeitslosenunterstützung nur 60 Tage läuft, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wie weit die Wirkung des Verfallens Vertrages geht.

Für einen vollbeschäftigten Arbeiter gilt in der Schweiz als ein guter Verdienst 350 Mark monatlich. Eine Wohnung für 500 Franc jährlich ist in einer größeren Stadt klein und selten. Ein Anzug kostet — schlechte Konfektion — 150 Franc. Ein paar Schuhe müssen mit 35 bis 50 Franc bezahlt werden.

Die Industrie liegt fast ganz daneben. Große Teile scheiden für den inneren Markt aus und kommen nur für den Export in Frage. Die Arbeiterorganisationen müssen immer „Gewehr bei Fuß“ stehen; denn die Industriellen erstreben den Lohnabbau und die Abschaffung des Achtstundentages, um wieder auf dem Weltmarkt konkurrieren zu können. Teilweiser Lohnabbau ist ihnen schon gelungen dadurch, daß sie das riesige Heer der Arbeitslosen gegen die Arbeitenden ausspielten.

Hinzu kommt noch, daß die politischen Verhältnisse des kleinen Landes jedes großzügige Denken und Handeln der Arbeiter erschweren. Die Schweiz besteht aus 25 Kantonen, die jeder für sich ein eigenes politisches Leben haben und die untereinander in ihrer wirtschaftlichen Struktur grundverschieden sind. Bedenkt man ferner, daß in diesem kleinen Lande mit seinen kaum 4 Millionen Einwohnern drei Sprachen — nämlich Deutsch, Französisch und Italienisch — gesprochen werden, so kann man sich die Schwierigkeiten vorstellen, denen die Arbeiterorganisationen gegenüberstehen. Viele von den Handwerkern, die früher in Deutschland waren, sehnen sich zurück in das nach ihrer Meinung gelobte Land, in dem man zwar nicht glänzend lebt, in dem man aber doch Verdienstmöglichkeiten hat.

Von den Verhältnissen jetzt und während des Krieges haben und hatten — wie überall — den Hauptgenuss nur die Landwirte und die Bauern. Neue durch den hohen Wert ihrer Produkte, die durch die riesigen Summen, die durch ihre Finger laufen, und durch die gewaltigen Werte, die von den „Patrioten“ in die Schweiz verschoben wurden. Man schätzt die fremden Werte, die in den Banken liegen, auf so hohe Summen, daß jede Familie in der Schweiz davon ein schönes Haus mit Garten haben könnte. Dieses Geld liegt natürlich steuerfrei, und einer der vielumstrittenen Punkte der Arbeiterforderungen ist die Befreiung des Bankguthabens. Es wäre zu wünschen, daß diese Forderung erfüllt würde; denn manche unserer mehr oder weniger berühmten früheren Größen hat es verstanden, ganz gewaltige Werte nach der Schweiz zu „retten“.

erscheinendes Jortgefühl und schrieb ihrer Proune zu, was nur Mangel an Gefühl für mich war. Als ihre Untreue offenkundig wurde, beschloß ich, mit ihr zu leben wie ein kremerter Mann, der eine leibhaftige Frau hat und es wohl weiß. Über die ersten Worte, die sie zu ihrer Verteidigung sagte, überzeugten mich, daß mein Verdacht grundlos sei, und ich bat sie um Verzeihung, so leichtgläubig gewesen zu sein. Meine Güte änderte ihr Wesen nicht. Ich entschied mich nunmehr, mit ihr zu leben, als ob sie gar nicht meine Frau wäre, aber wenn du wüßtest, was ich leide, du hättest Mitleid mit mir. Meine Leidenschaft ist so weit gediehen, daß sie von Armandes eigenen Angelegenheiten in Mitleidenschaft gezogen wird; und wenn ich bedenke, wie unendlich es mir ist, meine Gefühle für sie zu überwinden, so jage ich mir gleichzeitig, daß es ihr vielleicht ebenso schwer fällt, ihre Neigung zur Koketterie zu belegen.“

Man steigt nach ... Ja, das Publikum, das A. Zister hier heute morgen kennen gelernt hat, steigt nach ins ... Intime Theater. Hier wird ihm die Kugelost verordnet, die man in Paris „Kleine Amüsaments“ rante und selber schwer importieren konnte. Die Titel lauten: „Man steigt nach ...“, „Die badende Nymphe“, „Ostare, es blüht“. Zwischen die dramatischen Kothobissaca aber wird zur rechten Zeit nach bewährtem Rezept die Grauslichkeit gemischt. Ein Akt, der eine Erfindung zur Wiederbelebung Toter an einem Unbegriffen probieren will, wird in die Lage verlegt, sie bei der eigenen durch Auf- und gelobten Todeher anzuwenden. Im Sturmtumpe erwirgt sie. Dieses „großartige Experiment“ war zu hoch dosiert und ermedete Heiterkeit.

Der „anregende“ Teil gedieh besser. Die Nachfolgende entpuppte sich als nette Repperet: der junge Mann wird von dem anaeblichen Gatten der Holden ordentlich ausgeplündert. „Die badende Nymphe“ zeigt Vater und Sohn im Neigen um die gemeinsame Freundin. Im Blig und Donner des letzten Einakters aber werden zwischen Einbis Zwabewaltigkeiten Beichten gewollterängstlicher Frauen produziert. Die Szene ist das Chebeti. — Unter den Darstellern machten sich Paul Conradi (besonders als Scharfrichter), Hertha Ham-bach und Lette Klein bemerkbar.

Jede Zeit und jede Klasse hat die Sinnlichkeit, die sie verdient ...

Erkannführungen der Woche. Freil. Deutsches Theater: Tars-tall. — Scandins Schrimmerkreis. — Theater des Weltens. — Der Tanz im Wald. — Schloß-Theater Sieglitz: Des Herres und der Liebe Vellen. — Theater am Rähringebann. — Der große Bariton. — Sonntag. Volkshöhe: Ueber die Kraft (L. T.).

Uranaberränge. Sonntag, Donnerstag, Sonnabend: Am Hamd mit dem Berge. Montag: Der Humantien. Dienstag, Freitag: Wunder des Schicksals. Mittwoch: Ich hab' mich über die Anel Geyon. Nachmittags täglich außer Sonnabend und Sonntag 4, Uhr Vorlage.

Die Wiener Cadeine. Die obere Cadeine: toller Kobelins in Wien, die bereits vor mehr als zwei Jahren mit 100 Millionen Kronen geschätzt wurden und die man für Lebensmittelmittel an das volkreiche Ausland verschoben wollte, fanden sich noch immer an Ort und Stelle. Die in „Lautwandlerer“ mitgeteilt wird, daß der Bundeskanzler Schuber die Versicherung ab, daß von einer Veränderung oder Verpfändung der Kunstwerke nicht die Rede sein kann.

Ministerkrise in Litauen.

Rowno, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auf Grund der Auseinandersetzungen in der Agrarreform haben die Sozialisten den Premierminister Dr. Skulski abberufen. Das Gesamtministerium ist zurückgetreten. Die Neubildung werden wahrscheinlich die Christlichdemokraten übernehmen.

Der Streit um die Agrarreform zieht sich in Litauen bereits seit Monaten hin. In der Notwendigkeit einer Agrarreform zugunsten der Kleinbauern sind sich die Sozialisten und die von der katholischen Geistlichkeit beeinflussten christlichen Demokraten einig, in der Entscheidung über die Agrarreform konnte jedoch kein Übereinkommen erzielt werden. Weswegen gerade in diesem für Litauen außerpolitisch schwierigen Augenblick eine Ministerkrise in der Agrarreform in Erscheinung tritt, entzieht sich vollständig unserer Kenntnis. Jedoch ist anzunehmen, daß auch außenpolitische Momente eine Rolle spielen. Der Außenminister Purick, der die undankbare Aufgabe hatte, in der Remer und der Wilnaer Frage mit Polen zu verhandeln und sein Gehilfen, Minister Kozanbaum, der die Verhandlungen leitete, sind bereits vor einiger Zeit zurückgetreten. Infolgedessen bestand seither eine latente Ministerkrise. Da die christlichen Demokraten seit den letzten Wahlen erheblich an Stärke gewonnen haben, ist es wahrscheinlich, daß sie diesmal das Kabinett ohne die Sozialdemokraten bilden werden. Ob das eine stärkere Annäherung Litauens an Polen im Gefolge haben wird, muß abgewartet werden.

Der Wilna-Schwindel.

Warschau, 14. Januar. (D.S.). Die Kontrollkommission des Bitterbundes für die Wahlen im Wilnaer Gebiet soll sich heute von Wilna nach Warschau und von dort nach Genf begeben. Die „Gazeta Wileńska“ teilt mit, daß der Bericht der Kontrollkommission recht ungünstig für Polen laute; der für die bevorstehende Tagung des Bitterbundes bestimmte Bericht werde den Verlauf der Wilnaer Wahlen stark diskreditieren. Nach Bitterbündlern haben die Vertreter Japans und Jugoslawiens bei der alliierten Kontrollkommission erklärt, es sei bei den Wahlen zu „einigen Ungerechtigkeiten“ gekommen. Der englische Gesandte in Warschau, Müller, hat seiner Regierung in der Wilnaer Frage ein Memorandum überreicht. In Warschauer politischen Kreisen wird erklärt, die französische Regierung werde den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß das städtische Wilnaer Gebiet mit Polen als ein autonomer Teil vereinigt werden.

Nach den bisherigen Ergebnissen der Wahlen in Wilna (an denen bekanntlich nur die Polen teilgenommen haben) wurden 16 Nationaldemokraten, 2 Sozialisten und der Demokrat Jan Pilsuski, ein Bruder des Staatsoberhauptes, gewählt.

Poincarés erste Gegner.

Paris, 14. Januar. (W.B.) „Le Nouveau“ schreibt: Niemand ist mehr als Poincaré dazu geeignet, um in den Augen der Welt und gegenüber den linken Parteien eine Herausforderungspolitik zu improvisieren. Die Ergebnisse haben auch nicht lange auf sich warten lassen. Während der Wechseltage zu fallen begonnen hat, hat die Reparationskommission entschieden, Deutschland das Moratorium zu bewilligen. Inzwischen stellt der Nationale Block seine Forderungen und will sich den Böwenanteil sichern. Isolierung im Ausland, Reaktion im Innern, das ist die Lösung. Die Politik der Bitterveröhnung und des europäischen Wiederaufbaus hat Schiffbruch gelitten. In jeder der Reparationspolitik, die nur eckelbig sein kann, wenn die Alliierten einig sind, ist augenblicklich in Frage gestellt. Aus diesen Gründen muß der Nationale Block die Verantwortlichkeit übernehmen.

Die Haltung der Radikal-Sozialisten.

Paris, 14. Januar. (W.B.) Die radikal-sozialistische Parlamentariergruppe hat gestern eine Tagesordnung angenommen, in der sie auspricht, sie trete für alle Maßnahmen ein, die als geeignet erschienen, den wahren Frieden wiederherzustellen. Sie begünstige alle Zusammenkünfte, die zum Ergebnis haben könnten, die Wirtschaftslage Europas zu verbessern unter dem Vorbehalt, daß sie so geleitet würden, daß sie den Interessen der Völker und nicht den Forderungen der internationalen Finanz dienen, und unter der Bedingung, daß die Rechte der Franzosen, die Rußland Geld geliehen hätten, anerkannt würden. Die Gruppe betont aufs neue, daß an diesem notwendigen Wiederaufbauwerk Frankreich als Hauptgläubiger und als größtes Kriegsoffer teilnehmen müsse. Die Partei weigere sich aber, das Problem des Wiederaufbaus Europas mit der Regelung der Reparationsfrage zu verquicken. Das angelegene und verwütete Frankreich könne Deutschland keine neuen Opfer bringen, ohne sich der größten finanziellen Gefahr auszusetzen. Denn die reichen Klassen der Bevölkerung in Deutschland hätten noch keinerlei Anstrengung unternommen.

Es scheint, daß nicht sehr viele Deputierte und Senatoren diese Resolution unterschrieben haben.

Kleine politische Nachrichten.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten wurden der Potsdamer Oberingenieur Julius Holmgen und der Kaufmann Robert Kautz von der Potsdamer Strafkammer zu je 600 M. Geldstrafe verurteilt. Sie hatten sich im Vorortung über die Beleidigung des Reichspräsidenten, die das Uniformtragen der uniformierten Offiziere verbietet, unterhalten und dabei ihrem gewöhnlichen deutsch-monarchistischen Herzen Luft gemacht, indem Kautz den Reichspräsidenten „Haffer“ nannte, was Holmgen mit den Worten unterstrich: „Ni er auch“. Der Staatsanwalt Dr. Gerlach beantragte zwei Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte auf die genannte Geldstrafe, indem es ausfachte, daß eine Beleidigung des Reichsoberhauptes zwar mit entsprechendem Ernst bestraft werden müsse, aber Gefängnisstrafe nicht in Betracht komme, weil keine ehrlose Bestimmung und boshafte Ehrabwürdigung, wohl aber eine höchst unangemessene Anpöbelung des Reichspräsidenten vorliege. Deshalb sei auf die höchstzulässige Geldstrafe erkannt worden.

Keine Delegation der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft nach Leipzig. Paul Levi sendet der „Freiheit“ eine Zuschrift, in der er unsere Meldung dementiert, daß eine Delegation der K.A.G. unter seiner Führung in Leipzig gewesen sei. Er, Levi, habe während der Zeit des Leipziger Parteitagess krank im Bett gelegen. Ein Genosse habe zwar bei ihm angeregt, zu Einigungsverhandlungen nach Leipzig zu fahren, er habe das aber schon aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt. Die Meldung von der Delegation bezeichnet Levi als „Parteitagschmuck“. — Daß Levi persönlich nicht in Leipzig gewesen ist, glauben wir ihm gerne. Daß aber überhaupt keine Deputation der K.A.G. dazugewesen sein soll, nimmt einigermaßen wunder, da diese Meldung nicht nur von uns, sondern auch von der „Freiheit“ gebracht worden ist, deren Redaktoren man doch persönliche Kenntnisse auf diesem Gebiet zutrauen sollte. Die „Freiheit“ nimmt allerdings zu der Zuschrift Levis jetzt keine Stellung.

Der Kampf um die Schule.

Oberstadtschulrat Paulsen vor unseren kommunaltätigen Genossen.

In der am Freitag veranstalteten Konferenz von Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- und Bezirksamtmitgliedern der SPD wurde die Schulfrage erörtert. Ein Referat des Oberstadtschulrats Genossen Paulsen brachte sehr beachtenswerte Ausführungen zum Kampf um unser Schulprogramm.

Ich habe, begann Paulsen, das Gefühl, daß ich zu Freunden spreche, die zu mir stehen. Wir wollen uns klar machen, wie die Bedanten, die uns beherrschen, in der Öffentlichkeit wirken. Unsere Arbeit ist Kampf. Seit Februar bin ich hier, aber bisher ist es mir nicht möglich gewesen, etwas zu gestalten, was nach außen hin sichtbar in die Erscheinung trat. Doch ist schon manches geschaffen worden, was als innere Beziehung von Person zu Person wirkt. Mein erster Vorstoß war der Versuch, in Berlin nach dem Muster Hamburgs zu einer

demokratischen Schulverfassung

zu gelangen. Die Lehrer fordern Leitung der Schule durch Beschlüsse des Lehrerkollegiums, aber das ist nur ein Anfang. Wo bleibt der andere Faktor, die so stark an der Schule beteiligten Eltern? Wir brauchen eine Schulverfassung, in der das ganze Leben der Schule von Lehrern, Schülern und Eltern getragen wird. Für meinen Plan erwärmte man sich anfangs im Provinzial-Schulkollegium, aber hinterher schrieb es mir, es habe Bedenken gegen die Ausdehnung der demokratischen Schulverfassung auch auf höhere Schulen und gegen die Mitarbeit der Eltern. In persönlicher Unterredung wurde mir vom Provinzial-Schulkollegium als Fehler angedeutet, daß ich mich an die Schulen selber mit einem Aufruf gewandt hatte, der um Mitteilung etwaiger Zustimmung bat. Ich antwortete, daß ich die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinde nicht preisgebe. Ich erklärte auch, daß mein Versuch bei den geforderten Einschränkungen an Bedeutung verlieren würde, so daß ich dann auf ihn verzichten müßte. Später wurde er von der Potsdamer Regierung überhaupt verboten. Nach diesem Mißerfolg ging ich zur Lehrerkammer auf ihren Wunsch und wollte sie dafür gewinnen. In einer Sitzung der Lehrerkammer konnte ein Vertreter des Provinzial-Schulkollegiums melden, das Ministerium Wecker habe das von der Regierung ergangene Verbot gebilligt. Von den Schulen der Verwaltungsbezirke 1-6 äußerten sich auf meine Anfrage etwa 40 zustimmend, aber sie baten um eine Konferenz. Nachdem sie stattgefunden hatte, wollten nur noch 8 Schulen sich zur Verfügung stellen. So sieht es in Berlin aus, während Hamburg die demokratische Schulverfassung durchgeführt hat! Wenn nicht

das Proletariat sich entscheidend hinter die Schule stellt,

so bin ich machtlos. Wir wärden in unserer Partei die Schulfragen noch nicht so, wie es sein müßte. (Zustimmung.) Die gegnerischen Parteien haben ein sehr starkes instinktives Gefühl dafür, daß Schulfragen Lebensfragen sind. (Wiederholte Zustimmung.) Paulsen wies dann hin auf die Widerstände, die von drüben der

weillichen Schule

berichtet werden. Am Bedding, in Spandau usw. sind freie Schulgemeinden zusammengetreten, gestiegene Kernstücke unserer Schulbewegung. Die Schulgemeinden des Bedding wünschte zu wissen, wieviel der Eltern für die weilliche Schule sind, und bat mich um die Adressen der Eltern. Ich ließ meine Unterstützung, nachdem ich mich mit den Kreisbehörden in Verbindung gesetzt hatte. Aber da las ich in den Zeitungen schon wieder von „gewissenloser Agitation unter Mitwirkung Paulsens“, und eine Anfrage von Stadtverordneten wollte nun Magistrat hören, was er dagegen zu tun gedenkt. Gegen ein bei der Unterschriften-Sammlung auf dem Bedding vorgekommenes Versehen richtete ein Schulleiter eine Beschwerde an das Provinzial-Schulkollegium. Die städtische Schulverwaltung erhielt eine Vermahnung, gegen die ich protestierte mit der Forderung, den Schulleiter auf den Dienstweg zu verweisen. Die Bewegung ist nicht von der Schulverwaltung entsetzt, sondern aus den Elternkreisen gekommen. Darum wird sie sich durchsetzen. (Lebhafte Zustimmung.)

In einer Betrachtung über die politischen Voraussetzungen des Kampfes um die Schule erinnerte Paulsen an die Tätigkeit des Ministers Genosse Haenisch. Was es bedeutete, ihn zu ver-

lieren, weiß ich erst jetzt. Hätten wir ihn noch — wie unmittelbar könnten wir uns an die Arbeit machen! Jetzt muß ich freizeigen „bitteln“ gehen. Wegen meines Konflikts in Sachen der Schulverfassung ließ Minister Wecker meinen Antrag auf Verleihung der

Schulaufsicht für Groß-Berlin

liegen. Sie kam schließlich, aber mit der Beschränkung auf die Verwaltungsbezirke 1-6. Auf den Demokraten Wecker folgte der Volkspartei Boelch. Er will auf Teilgebieten nachgeben und Verleugung zulassen. Aber er berief sogleich Dr. Schapp für die Abteilung Volksschulen in das Provinzial-Schulkollegium. Diese wichtige Abteilung ist ganz „sozialistenrein“. Von der Abteilung für Berufsschulen gilt dasselbe. Kann der Koalitionsgebote diese Tatsachen ertragen? Ist das Koalition oder ist das Rechtspolitisch von rechts? Gelingt es uns nicht, Einfluß auf die Schule zu gewinnen, dann geht Tinn und Wesen der Koalition überhaupt verloren. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir unsere Forderungen zur Steuererhebung nicht durchsetzen, so ist das eine Vertrauensfrage für die Koalition. Wenn wir unsere Schule verlieren — ist das nicht das selbe?

Paulsen erörterte dann noch die Hauptforderungen unseres Schulprogramms, neben der weillichen Schule die Einheitschule und die Arbeitsschule. Die Arbeitsschule liegt uns am nächsten. Ihre Grundlage ist der Arbeitsunterricht, der wünschenswert ist in den Dienst der Schulwirtschaft stellt und für ihre Bedürfnisse sorgt. Die Einheitschule darf keine äußerliche Organisation sein. Sie muß als Gemeinschaftsschule tatsächlich

die innere Einheit des Volkes herstellen.

Die verschiedensten Bildungsmöglichkeiten muß sie enthalten, damit in ihr jedes Kind sich nach seinen Anlagen zu entwickeln vermag. Nicht unterrichten soll sie, sondern erziehen. Das mögen auch Eltern sich gelastet sein lassen, die nicht erwarten können, daß aus ihrem Kind „etwas wird“. Unsere Gemeinschaftsschule ist in ihrer vollen Entfaltung nur innerhalb der sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich, aber sie will und darf nicht das Kind von vornherein auf sozialistische Dogmen einstellen. Damit begänne sie dieselbe Tatfunde, wie die bürgerliche Schulaufsicht. Genosse Paulsen schloß seine Ausführungen mit einer kurzen Schilderung der Arbeit in den Gemeinschaftsschulen Hamburgs. Das von starker Begeisterung und unvermittelter Hoffnungsreudigkeit erfüllte Referat fand wärmsten Beifall.

In der Diskussion beauftragten noch Genosse Wecker (Brenzlaue Berg), Genosse Winter (Wedding), Genosse Panten (Spandau) und andere den Kampf gegen die Schulreaktion. Die meisten Redner unterstürzten auch die Forderung, daß die Partei und ihre Vertreter in den Regierungen die Wichtigkeit des Schulkampfes nicht verkennen sollen. Einstimmig wurde folgende Entschlieung angenommen: Die heutige Verfassung der Berliner Stadt- und Bezirksverordneten der SPD. spricht dem Berliner Oberstadtschulrat Paulsen in seinem Kampf gegen die Schulreaktion ausdrücklich ihr Vertrauen aus und wird ihn in diesem Kampf mit allen Mitteln unterstützen.

Unter der spöttisch gemeinten Ueberschrift „Genosse Paulsen“ teilte der „Lokal-Anzeiger“ heute früh mit:

Stadtschulrat Wilhelm Paulsen, der mehr als einmal erklärt hat, daß er keiner politischen Partei angehöre, wird jedenfalls von der SPD. als „Genosse Paulsen“ offiziell in Anspruch genommen. Nämlich so: Gestern fand im Sitzungssaal der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine Versammlung der Stadt- und Bezirksverordneten, der Magistrats- und Bezirksamtmitglieder, die der SPD. angehören, statt. Die Tagesordnung lautete: „Zum Kampf um unser Schulprogramm.“ Referent: Oberstadtschulrat Genosse Paulsen.

Vielleicht sagt der „Lokal-Anzeiger“, wo Genosse Paulsen erklärt haben soll, „keiner politischen Partei anzugehören“. Sonderbar berührt auch, daß das Witz in der am Freitag abend geschriebenen Notiz tut, wie wenn es einen schon erschienenen Versammlungsbericht gälte. Der eine Schwindel ist des andern würdig.

Wieder einmal Schnee.

Heute früh war Berlin in ein zartes weißes Gewand gehüllt. Die Schneefälle haben sich mit einem von der Tschecho-Slowakei und Polen nach der deutschen Ostküste gelangten Tiefdruckgebiet westwärts weiter verbreitet und im ganzen Deutschen Reich, mit Ausnahme der Umgegend des Niederrheins, in mehr oder weniger großer Stärke festgefunden. Heute vormittag wehete sie noch an diesen Orten fort, und es ist wahrscheinlich, daß sie bei uns noch bis morgen mittag mit kurzen Unterbrechungen anhalten werden. Von Südwestdeutschland dringt jedoch ein Hochdruckgebiet gleichzeitig nach Osten vor und wird voraussichtlich im Laufe des morgigen Tages allmähliche Aufheiterung bei uns bewirken. Dann dürfte der Frost an Strenge etwas zunehmen und vielleicht längere Zeit anhalten.

Ein „Kavalier“.

Als Schachspieler wurde ein 26 Jahre alter „Kavalier“ Raim Hausmann aus der Prenzlauer Allee entlarvt und festgenommen, der früher in einem Geschäft in der Jerusalemstr. tätig war. Als dieses mit seiner Bank abrechnete, ergab sich, daß auf einen Schach mit gefälschter Unterschrift 92000 M. abgehoben waren. Der Verdacht fiel auf mehrere Angestellte, aber der Kriminalpolizei gelang es, als den wirklichen Täter den jungen Hausmann zu ermitteln. Dieser war seit seiner Entlassung beschuldigungslos, lebte auf großem Fuße und liebte es, in Lokalen der Behewell den freigelegten Kavalier zu spielen. Er hatte als Boloniar Gelegenheit gefunden, dem Geschäft mehrere Schachs zu stehlen, sich dann häufig an der Nachzahlung der erforderlichen Unterschrift geübt und es soweit gebracht, daß man diese Nachzahlungen für echt hielt. Von den 92000 M. besah er nichts mehr. Die letzten 20000 M. sollen ihm, wie er behauptet, auf der Untergrundbahn aus der Tasche gestohlen worden sein.

Der Weg zum Juwelenschränk.

Verhaftung einlprungener Zuschäusler.

Einen guten Fang machten Kriminalbeamte in der Gegend des Beddings. Auf ihrem Rundgange durch Lokale der Gericht- und Bienenstraße nahmen sie mehrere ihnen bekannte Männer fest, die sich als ein Arbeiter Sed, genannt „der lange Willy“, ein Arbeiter mit dem Epitheton „Stettiner Hermann“, die aus dem Zuschhaus in Raugard ausgebrochen waren, und ein August Schaberg, der ebenfalls gesucht wurde, entpuppten. Alle drei sind schwere Jungens, alle gewerdmäßige Eindreher, und wurden mit den bei ihnen beschlagnahmten Sachen dem Kriminalkommissar Tietlin vorgeführt.

Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß man die Eindreher gefast hat, die am 10. November vorigen Jahres den großen Juwelenschränk bei Wotter in Stettin verübten. Nach ihrem Ausbruch aus dem Zuschhaus Raugard wanderten Sed und Stugbach zu Fuß nach Stettin und fanden bei der Frau Stug-

bach einen Unterschlupf. In demselben Hause liegt das Juwelengeschäft von Walter. Die Verbrecher hatten es also in diesem Falle ziemlich bequem. Dem Keller aus gingen sie durch die Decke. Hierbei kamen sie dem schwarzen Geldschrank so nahe, daß er ihnen beinahe auf den Kopf gefallen wäre. Nur durch besondere Vorsichtsmaßregeln gelang es ihnen nach, keinen Abbruch zu verhängen. Sie trachten dann den Schrank auf und erbeuteten daraus für über 100 000 Mark Schmucksachen. Seit fand man einen Teil ihrer Beute bei den Verbrechern wieder. Trotz ihrer Lieberführung leugnen die Verbrecher. Schaberg ist wahrscheinlich der Haupttäter. Bei ihm fand man auch noch ein Sauerstoffgefäß, mit dem er zu „arbeiten“ pflegt, während Sed und Stugbach sich gewöhnlich anderer Mittel bedienen. Alle drei wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Familienglück im Zoo.

Im Elefantenhaus des Zoologischen Gartens ist nun noch ein zweites Zwergflüchlerchen geboren, diesmal von dem Weibchen, das Hagenbed nach Schluß seines Tierparks hier eingestelt hat. Das Junge wog am 3. Lebensstage 14½ Pfund, am 15. schon 19 Pfund, zeigt also sehr befriedigendes Gedeihen. Mit seinem älteren Halbgeschwister ist es einzig in Europa — demnach eine kleine Sehenswürdigkeit.

Wegen Herstellung falscher polnischer Tausendmarkscheine hatten sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts III der Buchdrucker Emil Endow, der Buchdrucker Josef Müller, die Händler Hilde Juda Harwig und dessen Bruder Alfred H., und der Stickermeister Ephraim Ziemer zu verantworten. Das Gericht erkannte dem Wahrpruch der Geschworenen gemäß gegen Endow auf 2½ Jahre, gegen Müller und Ziemer auf je 2 Jahre und gegen die Gebrüder Harwig auf je 3 Jahre Gefängnis.

Ein Handgranatenaffekt. Däß geführt wurde eine vom Homberger Ruderklub veranstaltete Familienfeier. Alle alt und jung in fröhlicher Unterhaltung zusammenschloß. Nag plötzlich eine Handgranate durchs Fenster, die mit furchtbarem Knall explodierte und circa 10 Personen, teils schwer, teils leichter verletzte. Ein Teil der Verletzten fand Aufnahme im Homberger Krankenhaus. Der Täter, ein bulgarischer Soldat, wurde verhaftet und abgeführt.

Verdächtigungsbogen (also z. B. Briefenabzüge), denen die Urchrift (das Manuskript) beigelegt ist, unterliegen, wie amtlich mitgeteilt wird, der Druckangengebühr. Hierbei ist es zulässig, in den Bogen Änderungen und Zusätze zu machen, die die Verdächtigung, die Form und den Druck betreffen, und solche Zusätze auch auf besonderen Zetteln anzubringen. Für sich versandte Urchriften (Manuskripte) von Berken oder Zeitungen (also auch von Zeitungsausschnitten) unterliegen nach wie vor der Gebühr für Geschäftsblätter. Manuskripte, wie sie Korrespondenzbüros an eine größere Zahl von Zeitungen zu versenden pflegen, unterliegen, sofern sie durch Buchdruck, Hellographie, Papirgraphie, Chromographie oder ein ähnliches mechanisches Verfahren — nicht aber durch Schreibmaschine — vervielfältigt worden sind, der Druckangengebühr.

